

Lehren der theoretischen Wirtschaftspolitik zur deutschen Währungskonversion von 1990

Ein nicht nur historischer Beispielsfall

Von Wolf-Dieter Becker, Aachen *

Die Industrieländer stehen in naher Zukunft im östlichen Europa und anderswo vor vielen Transformationsaufgaben, wohl auch vor Währungskonversionen und Wechselkursproblemen, von den monetären Schwierigkeiten der Dritten Welt ganz zu schweigen. Es ist also geboten, sich rechtzeitig mit dem reichen Angebot von Lehrmeinungen, Hypothesen und Theoremen zu beschäftigen, das die theoretische Wirtschaftspolitik für solche weitgespannten Vorhaben vorrätig hält. Hierzu einen Denkanstoß zu geben, ist das Bestreben des vorgelegten Versuchs, einige Aspekte der deutschen Währungskonversion von 1990 zu beleuchten. Vor allem soll vor der Mißachtung ökonomischer Grunderkenntnisse gewarnt werden; denn es kommt niemals so, wie man gerne möchte, daß es kommen soll, sondern es kommt immer nur so, wie es kommen muß.

I. Transformation in der ökonomischen Theorie

Der Ausgangsbefund von 1990, mit dem wir es in diesem Beispiel zu tun haben, war der folgende: Eine bedeutende „Verkehrswirtschaft“ (in der Terminologie von *Walter Eucken*) und eine „zentralgeleitete Wirtschaft“ sollen in der Weise miteinander vereinigt werden, daß dabei eine größere „Verkehrswirtschaft“ (Marktwirtschaft) herauskommt. Bei der Analyse des genannten komplexen Befundes beschränken wir uns auf monetäre (geldpolitische) und monetär finanzpolitische Aspekte. Andere Punkte, wie besonders die Arbeitsmarktpolitik, die Sozialpolitik, rechtspolitische Probleme usw. bleiben hier außer Betracht. Gleichwohl muß man sich der Komplexi-

* Überarbeitete Fassung meines Abschlußvortrages an der RWTH im Juli 1992. Ich danke *Gerald Braunberger*, *Hans-Hermann Francke* und *Manfred J. M. Neumann* sowie *Saul W. Revel* vor allem für Kritik und für Anregungen. *Dorothee Dickenberger* steuerte eine interessante Hypothese zu einem sozialpsychologischen Problem bei.

tät und der Interdependenzen des gesamten Transformationsprozesses bewußt bleiben. Wir werden uns außerdem nicht mit dem Zeitbedarf des Transformationsprozesses befassen – ein kontroverses und kompliziertes Thema. Ferner klammern wir alle im engeren Sinne politischen Fragestellungen aus. Es geht hier nicht darum, was politisch (auch sozialpolitisch) erwünscht, durchsetzbar, abzulehnen oder zu vermeiden wäre. Es geht um Hinweise und Ratschläge, die uns die ökonomische Theorie anbietet, ob wir diese nun mögen oder nicht. Es geht um Entscheidungshilfen und nicht um Handlungsanweisungen; anderes kann die Theorie ohnehin nicht liefern.

„Wie der Wind in Trauerweiden“ tönt die Klage durch Literatur und Rhetorik, daß die Theorie kein globales Transformationsmodell bereitstellt; als ob gesamtwirtschaftliche Modelle in der menschlichen Praxis jemals funktionieren könnten. Die Klage über das Versagen der Theorie ist in Wirklichkeit jedoch nur eine Ausrede, die von Versäumnissen der beteiligten Personen ablenkt. Denn zum einen gibt es Plausibilitätsüberlegungen, die freilich nicht die „Dignität konsistenter Theorien“ haben können (*Kloten*, 1991). Zum anderen gibt es aber viele analytische Einsichten und Ansätze, die uns bei Fragen der Wirtschafts- und Währungsunionen auf den Pfad der Erkenntnis führen können. Einige solcher Ansätze werden wir erörtern.

Seit den frühen Arbeiten von *Eucken* und anderen in den zwanziger bis vierziger Jahren sind die ökonomischen Systemtheorien zwar vielfältig weiterentwickelt worden. Nichtsdestoweniger sind viele einfache Grundkenntnisse des frühen Ordoliberalismus nach wie vor unwiderlegt; auch, wenn die sich daraus ergebenden Schlüsse seltsamerweise verdrängt oder gar vergessen werden. Die *Euckensche* Theorie liefert beispielsweise mit dem dualistischen Ansatz „Markt versus Plan“ immer noch wichtige Fingerzeige, mit deren Hilfe gravierende Fehler und Pannen beim Transformationsprozeß vermieden werden können; wir kommen gleich darauf zurück. Die theoretische Wirtschaftspolitik steht bei einer Transformationsaufgabe jedenfalls nicht, wie oft behauptet wird, intellektuell hilflos da. Theoretische Wirtschaftspolitik ist immer ein „System von Aushilfen“ (*Helmuth von Molke*), das wir von einem gesicherten Fundament von Grundkenntnissen aus in Anpassung an die jeweils vorgefundenen Aufgaben mit unserer eigenen Intelligenz organisieren und koordinieren müssen.

II. Über die Kompatibilität von Daten und Rechnungswerken

1. Allokationsmechanismen in der Marktwirtschaft und in der zentralgeleiteten Wirtschaft

Wir halten uns also an den theoretischen Ansatz von *Walter Eucken* über den Dualismus von Markt und Plan. Worauf es bei unserem Problem unter diesem Aspekt zunächst ankommt, sind zwei Fragen: 1. Die Kompatibilitätsbeziehungen zwischen den beiden Ordnungen, und 2. die Konsistenzanforderungen zwischen den jeweiligen Koordinationsverfahren (*Kloten*, 1991).

In der zentralgeleiteten Wirtschaft mit einem eingeschränkten Konsumtausch (wie früher in der DDR) bilden sich zwar eingeschränkte Tauschwerte sowie so etwas wie Märkte und Preise unter Gebrauch einer Art Geldes. Dabei ergibt sich für die Leitung eine Schwierigkeit: Es ist in der zentralgeleiteten Wirtschaft kein zuverlässiges Mittel vorhanden, um die Bedürfnisse der Mitglieder des Gemeinwesens kennenzulernen. Das besorgt in der Marktwirtschaft eine bewegliche Rechnungsskala, an der sich die Bedürfnisse der Einzelwirtschaften ausrichten, z.B. anhand eines Standardgutes, früher etwa am Gold. Die Einheit des Standardgutes wird zur Recheneinheit und besorgt auf diese Weise die Koordinierung. Es handelt sich also um den Preismechanismus mit ständig beweglichen relativen Preisen. Sie vor allem bewirken die Veränderung der Produktionsströme.

In der zentralgeleiteten Wirtschaft nimmt dagegen der Leiter der zentralen Planungsstelle die „Rangierung der Bedürfnisse“ (*Eucken*, 1947) vor. Der Leiter der Planung steuert die Ströme der Produktion. Im Lehrbuch „Politische Ökonomie“ (Berlin DDR, 1961) heißt es: „Der sozialistische Staat bedient sich des Preismechanismus, um solche Proportionen in der Verteilung der Mittel zwischen den Wirtschaftszweigen zu erreichen, die den Erfordernissen der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft entsprechen.“ (nach *Köhler*, 1991). Geld und Finanzierungsströme spielen hierbei also eine ganz untergeordnete Rolle. Im besonderen zeigen die relativen Preise in der zentralgeleiteten Wirtschaft nicht etwa die wechselnden Knappheitsgrade der jeweiligen Güter an, sondern die wechselnden Einfälle der Regierung. Die Kostenerwägungen und die Kostenrechnungen der Einzelwirtschaften basieren gleichfalls auf allgemeinen Vorstellungen über die beschlossenen Plan-Ziele. Allfällige finanzielle „Verluste“ oder Finanzierungsdefizite sind in der Sache bedeutungslos. Das Finanzsystem dient lediglich Verteilungs- und Kontrollzwecken.

Andererseits entwickelt sich das Phänomen der zurückgestauten Inflation. Infolge der mengenpolitischen Bewertung der Produktion (z.B. in der

Form von Preis-Subventionierung) entsteht einerseits bei Betrieben ein finanzieller Zuschußbedarf und andererseits ergeben sich bei privaten Haushalten und anderen Stellen infolge des Fehlens eines nachfragegerechten Güterangebots hohe Finanzierungsüberschüsse (*Bernholz*). Beide Erscheinungen sind aber rein statistisch und existieren nur formal nebeneinander.

Eigentlicher Kern der hier zur Lösung stehenden Transformationsaufgabe ist mithin der Wandel in den ökonomischen Allokationsmethoden. Mit dem damit verbundenen Wechsel der Produktionsziele verbindet sich bei der Transformation der Übergang zu einer völlig anderen, gegensätzlichen Art der Entscheidungsbildung und der Koordination aller Beziehungen innerhalb der Gesamtwirtschaft (*Hirsch*). Die eingangs gestellten Fragen nach der Kompatibilität bei den Beziehungen der Ordnungen und nach der Konsistenz der Koordinationsverfahren sind eindeutig negativ zu beantworten. Es gibt keine Berührungspunkte.

2. Statistik und Rechnungswesen in der zentralgeleiteten Wirtschaft

Die Feststellung hat sehr fatale Konsequenzen für die Lösung der Transformationsaufgabe, zum Beispiel für die Kompatibilität der statistischen Daten. In der zentralgeleiteten Wirtschaft ergeben sich die verfügbaren statistischen Aggregate aus der Addition von Komponenten, die nach politisch, d.h. willkürlich festgelegten Verrechnungspreisen und nicht nach Marktwertungen benotet werden.

Die Statistik und das gesamte Rechnungswesen der zentralgeleiteten Wirtschaft sind auf die Bedürfnisse der Planung und Kontrolle ausgerichtet. So richtet sich die Bewertung der Produktionsfaktoren, auch des Anlage- und Umlaufvermögens der Betriebe, nicht nach kaufmännischen Grundsätzen, sondern nach Planungsgesichtspunkten. Diese für uns nur schwer nachvollziehbare Praxis betrifft manchmal ganze Sektoren, beispielsweise bei der Behandlung von Dienstleistungen im Wertschöpfungsprozeß. Dienstleistungen galten in sozialistischen Ländern lange Zeit aus ideologischen Gründen als nicht produktiv und blieben deshalb in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unberücksichtigt. Einerseits neigt außerdem die Statistik in der zentralgeleiteten Wirtschaft zur Übertreibung, um beispielsweise im Produktionssektor die Erfüllung der Planvorgaben zu demonstrieren. Andererseits gibt es unkontrollierbare Untertreibungen, etwa bei den Konsumenten-Preisindices, um die Inflationsrate optisch gering zu halten, oder indem illegale Lagerbestände und Vorräte nicht erfaßt werden. Der private Sektor tendiert schon aus Gründen der Vorsicht

ohnehin notorisch zur Untertreibung, was freilich wegen seiner geringen Bedeutung nicht ins Gewicht fällt. Große Widersprüche gab es ferner im Außenhandel zwischen den nationalen Wechselkursen und dem sogenannten Transferrubel des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW). Die Unstimmigkeiten in den Kursrelationen konnten große Fehler in der DM- oder Dollarbewertung der Handelsströme bewirken (*Hinteregger*). Die Zahlungsbilanzstatistik war nicht brauchbar.

Fassen wir zusammen: Es gibt in der zentralgeleiteten Wirtschaft schlechthin keine Maßgrößen, die man zur Beurteilung wirtschaftlicher Tatbestände im Verhältnis zu marktwirtschaftlichen Ordnungen heranziehen könnte (*Becker*). Die Preise sind jeweils systembestimmt, und die Rechnungswerke sind nicht kompatibel. Das ergibt sich sowohl aus dem systemtheoretischen Zusammenhang als auch aus der empirischen Praxis.

Es ist peinlich, und ich treffe die Feststellung höchst ungern, daß nicht nur die Politiker, sondern leider auch das ökonomische Fach – von wenigen Ausnahmen abgesehen – im anstehenden Falle von dieser einfachen Einsicht nicht Notiz genommen haben. Stattdessen wurden mit hohem mathematischen Aufwand umfangreiche Berechnungen aufgrund von DDR-Daten angestellt, die in Wirklichkeit samt und sonders irrelevant sind¹. Schlimmer noch: Sie führen in die Irre. Wie konnte das bei intelligenten Menschen geschehen? Es handelt sich um eine häufig anzutreffende, gleichwohl für die Wissenschaft wenig beifallswürdige Erscheinung. Was viele Ökonomen interessiert, ist weniger das hochkomplexe Ziel der Transformation als die jeweils anstehende Aktion. Der Bezug einer momentan relevanten Handlung zum Oberziel, das diese Handlung recht eigentlich angeregt hatte, ist aber nur mit relativ hohem Denkaufwand zu bewerkstelligen. Denn es muß ein kognitiver Prozeß von Subziel zu Subziel bis schließlich zum komplexen Oberziel rückwärts durchlaufen werden. Den Weg durch diesen Irrgarten von Zwischenzielen und Zwischenüberlegungen trachten viele Menschen zu vermeiden, nicht nur aus Bequemlichkeit. So kann es leicht geschehen, daß der Sinn des ganzen Unternehmens vergessen wird.

3. Fragen des Kaufkraftvergleichs und andere Scheinprobleme

Unter den einschlägigen Scheinproblemen, mit denen sich die Literatur in diesem Zusammenhang intensiv beschäftigt, nimmt die Frage, ob die Geldmenge in der zentralgeleiteten Wirtschaft der DDR im Verhältnis zur

¹ Ich fand nur bei M. J. M. *Neumann* eine ganz klare Aussage: „such computations are meaningless, given that the composition of the East German consumption basket was heavily distorted by the value demands of the central political authority“.

Marktwirtschaft adäquat dimensioniert war, einen bedeutenden Platz ein. Man versucht, Kaufkraftparitäten zu errechnen und das PPP-Theorem zu operationalisieren. Es wurde angenommen, daß entsprechende Berechnungen für die Festsetzung eines marktgerechten Konversionskurses der Währungen von irgendeiner Bedeutung gewesen wären. Außerdem vermutete man, daß die Geldmenge in der zentralgeleiteten Wirtschaft etwas mit dauerhaften inflationären Tendenzen in der Zukunft zu tun haben könnte.

Es geht also im wesentlichen um die Dimension des vorhin erwähnten Geldüberhangs, um die Finanzierungsüberschüsse. Sofern diese Geldvermögensbestände tatsächlich bekannt sind und unter Kontrolle gehalten werden können, können sie bei einer falsch gewählten Konversionsrate in der entstehenden größeren Marktwirtschaft zwar einen einmaligen inflationären Schock herbeiführen, der dann den realen Wert der Geldvermögensbestände in der entstehenden größeren Marktwirtschaft adjustiert. Eine Dauerinflation kann aber dadurch allein nicht entstehen, wenngleich der temporäre Anpassungsprozeß eine gewisse Zeit dauern kann und unter Umständen auch nichtlinear verläuft. *M. J. M. Neumann* hat unter allen gebotenen Vorbehalten ausgehend von den ausgewiesenen Beständen und den schließlich tatsächlichen Konversionskursen von 2:1 und 1:1 versucht, ex post das Potential für die mögliche temporäre Preissteigerung zu analysieren. Er kommt für 1991 unter günstigen Annahmen von Umlaufgeschwindigkeit, Wachstumsraten usw. auf einen Deflator von 3,7 % und bei ungünstiger Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit auf den Deflator von 6,6 %. Tatsächlich lag der Deflator bei 5,4 % und die Preissteigerungsrate gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung (alle Haushalte) bei 3,5 %, freilich mit steigender Tendenz gegen Jahresende und noch stärker Anfang 1992. Inwieweit es sich dabei noch um den beschriebenen einmaligen Schock oder schon um eine fortlaufend generierte Tendenz infolge der ständigen Monetisierung von Geldvermögensbeständen in Transferausgaben handelt, die größtenteils für Konsumzwecke ausgegeben werden (und um damit zusammenhängende Erwartungen), kann man nicht mit Bestimmtheit sagen. Die laufende inländische Ersparnis reicht jedenfalls für die zusätzliche Finanzierung des Transfers nicht aus. Vermutlich werden sich die Einflüsse überlappen.

Die Notwendigkeit für Kapitaltransfer hängt mit den Konversionskursen für die finanziellen Bestände zusammen². Eine genauere Analyse ergibt, daß die Währungskonversion (und die danach folgenden Lohnerhöhungen; siehe dazu später) der früheren DDR-Wirtschaft schon für Ende 1990 eine reale

² Zur Problematik der Konversionsrate bei Bestandsgrößen und bei Stromgrößen siehe *Becker* (1990).

Konversionskurse zum 1. Juli 1990**1. *Natürliche Personen***

Allgemeiner Umstellungssatz:	2 : 1
Bevorzugter Umstellungssatz:	1 : 1
gilt	
– für Personen nach dem 1. 7. 1976 geboren, bis	2000 Mark DDR
– für Personen zwischen dem 2. 7. 1931 und dem 1. 7. 1976 geboren, bis	4000 Mark DDR
– für Personen vor dem 2. 7. 1931 geboren, bis	6000 Mark DDR

2. *Juristische Personen oder Sonstige*

Ausnahmslos:	2 : 1
--------------	-------

3. *Personen oder Sonstige mit Sitz außerhalb der DDR*

Allgemeiner Umstellungssatz:	2 : 1
Soweit Guthaben am 30. 6. 1990 höher als am Jahresultimo 1989:	3 : 1
Devisenausländer, wenn vor dem 1. 1. 1990 ein Deviseninländerkonto bestand, auf besonderen Antrag	2 : 1

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juni 1990; S. 42 ff.

Anpassungsnotwendigkeit von mindestens 50 % oktroyiert haben. Empirische Erfahrungen bestätigen diese Schätzung weitgehend. Andere monetär-finanzpolitische Mißverständnisse treten allerdings noch hinzu, auf die gleichfalls später zurückzukommen ist. Die Konversionskurse und die Tariflohnpolitik öffneten jedenfalls ein riesiges Loch bei der Wettbewerbsfähigkeit. Ein „schlechterer“ Konversionskurs wäre real besser gewesen; er hätte ein kleineres Loch bei der Wettbewerbsfähigkeit, d.h. weniger Arbeitslosigkeit und weniger Transfernotwendigkeiten bewirkt (*Becker*). Die Chance, durch einen scheinbar ungünstigeren Konversionskurs eine Initialzündung in Gang zu setzen und dadurch in einer optimistischen Grundstimmung auch private Investitionen zu beflügeln, wurde nicht genutzt. Stattdessen wurde mit Hilfe der gewählten Konversionskurse ein großer Teil des Arbeitskräftepotentials ad hoc in die offene oder versteckte Arbeitslosigkeit entlassen. Pessimismus breitete sich aus.

Zu den unsterblichen Komparsen des wirtschaftspolitischen Szenariums gehört das alte Mütterchen, das um seine sauer verdienten oder von der schmalen Rente abgezackten Spargroschen bangt. Auch in unserem Falle wurde die alte Dame benutzt, um vermeintliche Vorteile bei der Konversion herauszuschlagen. Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, daß –

wie in der Literatur ausführlich behandelt und berechnet – eine Konversion „schlechter“ als 1:1 den privaten Geldanlegern in der ehemaligen DDR einen (realen) Verlust gebracht hätte. (Sinn, 1991 a). Wie vorhin dargelegt, handelt es sich bei den Finanzierungsüberschüssen der privaten Haushalte um „leeres“ Sparen, weil den Geldvermögensbeständen nachfrage-adäquate Güterbestände nicht gegenüber standen; geradezu das Charakteristikum der zurückgestauten Inflation. Der reale Verlust der Geldsparer entsteht in der zentralgeleiteten Wirtschaft im Planvollzug simultan mit der Bildung der Finanzüberschüsse. Anders ausgedrückt: Die Währungskonversion ist dann für die Geldsparer eine moderne Version des Märchens von des Kaisers neuen Kleidern.

Die Geldvermögensbestände der privaten Haushalte in der zentralgeleiteten Wirtschaft können bei einer Währungsvereinigung wie der behandelten nur insoweit von Interesse sein, als sie außerhalb der Konversion formale Anhaltspunkte für einkommenspolitische oder sozialpolitische Überlegungen abgeben können. Mit realen Verlusten oder Gewinnen sowie mit monetären Gesichtspunkten überhaupt hat dieser Aspekt nichts zu tun. Da das marktrelevante Produktionspotential nicht abschätzbar ist, bleibt jede Konversionsrelation willkürlich. Es handelt sich aber ohnehin nicht um ein Rechenexempel, sondern um den Anschub und die Beschleunigung des Transformationsprozesses. Man muß sich an den dazu geeigneten Gesamt-Konversionskurs herantasten; niemand kann ihn genau kennen.

4. Forderungen und Schulden

Die Vernachlässigung systemtheoretischer Grundüberlegungen birgt bei Transformationsaufgaben ferner die Gefahr gravierender buchhalterischer Irrtümer bei der Behandlung von Vermögensproblemen, und zwar sowohl im finanziellen wie auch im realen Bereich. Man muß zunächst begreifen, daß die Worte „Kapital“ und „Kredit“ in einer zentralgeleiteten Wirtschaft völlig andere Inhalte haben als in einer Marktwirtschaft.

Das Finanzsystem dient in einer zentralgeleiteten Wirtschaft, wie gesagt, lediglich Verteilungs- und Kontrollzwecken beim gütermäßigen Planvollzug, ähnlich wie Verrechnungssysteme innerhalb von Konzernen in der Marktwirtschaft. Finanzierungsüberschüsse oder Finanzierungsdefizite als solche sind für das Mengensystem bedeutungslos, ebenso „Gewinne“ oder „Verluste“. Infolgedessen sind alle diese Rechenwerke, makroökonomisch betrachtet, im Verhältnis zu einer Marktwirtschaft ebenso unbrauchbar wie das planwirtschaftliche Preissystem. Es handelt sich um plandeterminierte

Finanztransaktionen; von „Kredit“ und „Verschuldung“ im allgemein verstandenen Sinne kann man nicht sprechen.

Gleichwohl gilt auch in zentralgeleiteten Wirtschaften für die formalen Rechnungen die fundamentale Einsicht: Wo ein Schuldner ist, da muß auch ein Gläubiger sein. In der Marktwirtschaft sind Schuldner und Gläubiger in aller Regel verschiedene Subjekte. Sieht man einmal von dem unbedeutenden privaten Sektor ab, dann ist in der zentralgeleiteten Wirtschaft der Staat in seinen verschiedenen Strukturen und Ausdrucksformen „Schuldner“ und „Gläubiger“ zugleich. Er ist bei sich selbst verschuldet. Bei dieser Sicht wird klar, daß die Rechnungsschemata in der zentralgeleiteten Wirtschaft ganz anderen Zwecken dienen als in der Marktwirtschaft, eben der Verteilung und Kontrolle. Was dort als „Forderungen“ oder „Schulden“ ausgewiesen wird, ist marktwirtschaftlich irrelevant. Man kann, ja man muß beides im Zuge eines Transformationsprozesses einfach streichen oder teilweise „konsolidieren“. Im Staatsvertrag mit der früheren DDR vom Mai 1990 wurde dessen ungeachtet für die finanziellen Bestände ein Konversions-Satz von 2:1 vereinbart.

Zu dem Quasi-Null-Ergebnis bei Verschuldung und Vermögen führt im übrigen noch ein anderer Denkansatz. Der Marktwert eines (realen) Vermögensbestandes bemißt sich nach dem längerfristigen Strom der (realen) Erträge oder des (realen) Einkommens, das aus dem Bestande tatsächlich zu ziehen ist. Sinkt dieses Einkommen auf Null, so sinkt auch der Marktwert des in Frage stehenden Vermögensstandes auf Null. Zugegebenermaßen können sich hierbei Modifikationen aus mehr oder weniger fundierten Erwartungen ergeben. Was den hier zugrundegelegten praktischen Fall betrifft, so muß man allerdings die Unsicherheiten noch für längere Zeit als sehr groß und kaum überschaubar einschätzen³.

Bis zum Sommer 1990 gab es in der ehemaligen DDR einen aus dem Realvermögensbestand resultierenden Einkommensstrom, der dem Eigentümer zufließ, nämlich dem Staat in seinen verschiedenen Erscheinungsvarianten. Wie bekannt, sind später die Ertragschancen des realen Vermögens fast auf Null gesunken, sei es wegen Präferenzänderungen auf dem Markt (z. B. nicht mehr marktgerechtes Design), oder wegen des Wegbrechens traditioneller Absatzmärkte oder wegen des Produktivitätsdefizits. Damit war auch der Marktwert der Realvermögensbestände in der früheren DDR überwiegend auf Null gefallen⁴. Wenn aber der Marktwert der Realvermögensbestände

³ Deshalb wären auch ein Verkauf der Realvermögensbestände an die Beschäftigten sowie „Volksaktien“-Projekte wenig ratsam (Sinn, 1991 a).

⁴ Die Richtigkeit dieses Gedankenganges wird übrigens dadurch empirisch untermauert, daß die mit der Privatisierung des staatlichen Realvermögens beauftragte

nach Null tendiert, dann gilt dies auch für die Forderungen, die auf diesen Beständen lasten. Der vorsichtige Kaufmann müßte in der Marktwirtschaft die betreffenden Vermögensbestände und die sich darauf beziehenden Geldforderungen auf den niedrigsten Wert (im Zweifel auf 1 DM) abschreiben. Eine solche marktwirtschaftlich begründete Entscheidung würde den Transformationsprozeß merklich erleichtern, wie gleich noch zu zeigen sein wird.

III. Methodische Ansätze für eine Währungs-Union

1. *Optimum Currency Areas (OCA)*

Im März 1952 machte die Sowjetunion ein Angebot für einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland. *Konrad Adenauer* lehnte zwar den sowjetischen Vorschlag als Störmanöver gegen die Integration der Bundesrepublik in den Westen und gegen die seinerzeit geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft ab, doch setzte in der Folgezeit in einigen Bonner Ministerien eine gewisse Geschäftigkeit im Hinblick auf eine Vereinigung der beiden Teile Deutschlands ein; sozusagen als eine diskrete Generalstabsaufgabe. Bei den damaligen Grundsatzüberlegungen über eine Währungs-Konversion stieß man sehr bald auf Elemente ganz ähnlicher methodischer Zusammenhänge, wie sie zehn Jahre später im Zusammenhang mit dem Theorem der Optimum Currency Areas (OCA) im ökonomischen Fach ausführlich diskutiert wurden (*Mundell, Mc Kinnon*). Weshalb solche Ansätze bei der deutschen Vereinigung 1990 nicht (wieder) aufgegriffen wurden, ist schleierhaft.

Die an sich triviale Einsicht der Ökonomen in der Verwaltung und dann in der Wissenschaft war kurz gesagt, daß die Adjustierung der beiden Volkswirtschaften über Realeinkommenseffekte vonstatten gehen muß. Je stärker diese Effekte eingeschränkt sind oder gebremst werden, um so zäher vollzieht sich die wechselseitige Anpassung bis schließlich zum Extrem hin, zur Versteinerung des Ausgangszustandes. In der unpoetischen Sprache der Ökonomen in der Verwaltung stellte sich der Sachverhalt wie folgt dar: „Der Ausgleich im interregionalen Wirtschaftsverkehr vollzieht sich genauso wie im internationalen Handel. Die ‚Einfuhr‘ wird durch ‚Ausfuhr‘ bezahlt. Wenn in dem einen Wirtschaftsgebiet A die Produktionsleistung bei gleichen Gesamtkosten geringer ist, dann wird es die ‚Einfuhr‘ nicht bezahlen können, weil seine Erzeugnisse infolge höherer Stückkosten zu teuer

„Treuhandanstalt“ aus dem Verkauf der Vermögensbestände nicht nur keinen Gewinn sondern wahrscheinlich sogar einen beträchtlichen Verlust realisieren wird.

sind. Im internationalen Handel würde dies ein Sinken des Wechselkurses von A bedeuten. Im interregionalen Handel findet ein ganz ähnlicher Ausgleichsprozeß statt. Unter der Annahme gleicher Währungen gibt es bei sonst gleichen Bedingungen wie oben ebenfalls eine Passivierung der regionalen ‚Zahlungsbilanz‘ (in laufender Rechnung. Der Verf.). Der einzige Unterschied ist der, daß der Umweg über den Wechselkurs fortfällt ... Demzufolge bestehen für das Gebiet A nur folgende Möglichkeiten:

- a) Es senkt seine Kosten im Verhältnis des geringeren Leistungsgrades.
- b) Es nimmt Arbeitslosigkeit in Kauf.
- c) Der gegenwärtige Zustand wird mit Hilfe gebietsfremder Subventionen konserviert⁵.“

Bei der Dimensionierung der drei genannten Möglichkeiten spielt offensichtlich der Konversions-Kurs der beiden Währungen eine wichtige Rolle. Er bestimmt den Umrechnungs-Faktor für die Bestände, der für das Anlaufen des Transformationsprozesses von Bedeutung ist.

Die Wissenschaft drückt sich nicht so knapp und bündig aus, sondern schlägt einige produktive Umwege ein. In seinem inzwischen berühmt gewordenen Beispiel geht *Robert Mundell* davon aus, daß in zwei separaten Währungsgebieten die industrielle Aktivität so verteilt ist, daß sie sich in zwei Regionen (Ost und West) jeweils über die Währungsgrenzen hinweg erstreckt. In unserem speziellen Fall der deutschen Währungskonversion von 1990 interessieren uns allerdings lediglich die Interdependenzen zwischen der Ost- und der Westregion in einem einzigen Währungsgebiet.

Bei fixem Wechselkurs zwischen den beiden Regionen des Gebietes gerät die Wirtschaftspolitik bei Störungen, etwa bei einer Erhöhung der Nachfrage nach West-Produkten, alsbald in ein Dilemma. Die Ostregion gerät tendenziell in eine Unterbeschäftigungssituation und umgekehrt tendiert die Westregion zu steigendem Preisniveau. Entweder werden nun die inflatorischen Tendenzen in der Westregion bekämpft, dann vermindert man zusätzlich die Beschäftigungs-Chancen in der Ostregion. Oder man belebt in der Ostregion die Gesamtnachfrage, dann wird in der Westregion die Inflationstendenz verstärkt. Die Konsequenzen treten ein, wenn zwischen West- und Ostregion ein fixierter Wechselkurs besteht, was der Normalfall ist und auch für den Zustand nach der Währungskonversion von 1990 gilt. Der Zusammenhang wird, nebenbei bemerkt, natürlich später auch für das Schicksal der Europäischen Währungsunion gelten (*Feldstein*).

⁵ Zusammenfassender Vermerk des Bundesministeriums für Wirtschaft (IA1c) vom 5. 5. 1955 S. 12f. Nicht veröffentlicht; liegt beim Verf. vor.

Ganz anders wäre die Lage, wenn man in unserem Modell zwischen Ost- und Westregion flexible Wechselkurse unterstellen könnte. Bei der angenommenen Nachfrageverlagerung würde die Ost-Währung im Verhältnis zur West-Währung abgewertet. Dies wirkt in der Westregion gegen die Inflationstendenzen und in der Ostregion in Richtung einer Verbesserung der „Exportchancen“ in die Westregion. Es ist wieder offensichtlich der Wechselkurs, dessen Veränderung diesmal eine vorteilhafte Lösung begünstigt. Je stärker der Ost-Wechselkurs sinkt, um so günstiger die „Exportchancen“ der Ostregion, eine 1990 mißachtete Banalität^{5a}.

2. Modifikationen des OCA-Theorems

Da es in einer politisch definierten Volkswirtschaft keine flexiblen Wechselkurse gibt, wäre nunmehr zu prüfen, ob es bei festem Kurs andere Anpassungsmechanismen gibt, die die ökonomisch erforderlichen Realeinkommenseffekte herbeiführen können. *Robert Mundell* untersuchte als einen solchen Mechanismus die Mobilität des Faktors Arbeit. Je größer c. p. seine Mobilität, also je stärker die Migration, desto eher kann der Wechselkurs zwischen den Regionen fixiert werden. In der Tat stellen wir nach der deutschen Währungskonversion eine größere Ost-West-Migration (einschließlich der sogenannten Pendler) fest.

Dabei muß beachtet werden, daß die potentielle Mobilität des Faktors Arbeit bei gegebenem realen Lohndifferential eine Funktion der räumlichen Distanz ist, auch abhängig von bildungsmäßigen, sozialen und anderen Faktoren. Jedenfalls ist – wie empirische Befunde der Bevölkerungswissenschaft zu bestätigen scheinen – die Annahme von finalen Lawinen bei drohenden oder einsetzenden Migrationsvorgängen zu einfach^{5b}. Die vergleichsweise besonders hohe Arbeitslosigkeit in der Region der ehemaligen DDR zeigt, daß ungeachtet der verzeichneten Wanderungen starke Migrationshemmungen vorliegen müssen. Man hat sie bei der (politischen) Auswahl der „günstigen“ Konversionskurse im Frühjahr 1990 offenbar erheblich unterschätzt.

Wenn und soweit die räumliche oder/und berufliche Mobilität der Arbeitskraft aus verschiedenen Gründen eingeschränkt ist, wird bei fixier-

^{5a} Auch für Finnland war mit der Sowjetunion der wichtigste Handelspartner fortgefallen. Um die Leistungsbilanz zu sanieren, hat die finnische Regierung Mitte September 1992 völlig richtig den bis dahin an den ECU gebundenen Kurs der Finnmark freigegeben, d. h. abgewertet.

^{5b} Inzwischen wird für Ostdeutschland wieder ein positiver Wanderungssaldo erwartet (iwd 51/52 vom 15. 12. 1992).

tem Wechselkurs die interregionale Adjustierung der Realeinkommen unter sonst gleichen Umständen in der „schwächeren“ (defizitären) Region entweder durch Senkung der Faktoreinkommen oder durch Verminderung des Beschäftigungsgrades erzwungen.

In einer Modellrechnung hat *M. J. M. Neumann* versucht zu schätzen, wie die Nominallöhne einer Firma in der früheren DDR bemessen gewesen sein müßten, um bei gegebenem Weltmarktpreis wenigstens einen Null-Gewinn zu erzielen. Vor der Konversion belief sich der Wechselkurs der Ost-Mark im Außenhandel auf DM 4,40. *Neumann* kommt in der Berechnung zu dem Ergebnis, daß unter den gemachten Annahmen eine Lohnsenkung von 53 % bis 65 % notwendig gewesen wäre. In der Realität sind allerdings alsbald nach der Vereinigung neue Tarifverträge abgeschlossen worden, die 1990 Lohnerhöhungen von 18 % bewirkten. Die im Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 vereinbarte Lohn-Konversionsrate von 1:1 hatte dabei eine schon um mindestens 50 % zu hohe Ausgangsplattform festgelegt, von der aus das westdeutsche Lohnniveau angestrebt wird⁶.

Ständige überproportionale Lohnsteigerungen verstärken den potentiellen „Abwertungsdruck“ in dem defizitären Gebiet. Die von vornherein falschen Konversionsraten werden daher infolge der Lohnentwicklung immer widersinniger. Anfang 1992 lagen die Lohn-Stückkosten in Ostdeutschland um 116 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland (iwd 33/1992).

Da die Konversionsraten nicht mehr geändert werden können und Lohnsenkungen nicht vorstellbar sind (schon gar nicht in dem erforderlichen Ausmaß), werden andere Mechanismen in Gang gesetzt. Das sind, wie geschildert, bei relativ geringer Faktormobilität zunächst die Realeinkommenseffekte der Unterbeschäftigung in dem defizitären Gebiet. Die Arbeitslosigkeit belief sich dort im April 1992 (einschließlich der verschleierten Arbeitslosigkeit) auf etwa 2,73 Mio. Personen oder auf eine Arbeitslosenquote von fast 30 Prozent⁷.

⁶ Es gibt außer den Faktorkosten kaum andere Kostenelemente, die in dem zitierten Modell-Beispiel in der defizitären Region nennenswert stärker flexibel wären als in der besser gestellten. In dem praktischen Fall von 1990 wären dies bei noch bestehenden Betrieben freilich die Kreditkosten (Verzinsung und Tilgung alter „Finanzzuweisungen“), die bei Annullierung der formalen Verschuldung fortfallen würden. Auch diese Überlegung ist ein Argument für die Streichung der alten „Schulden“.

3. *Konservierung des Rückstandes?*

Solche Größenordnungen haben Konsequenzen; denn sie sind politisch nicht erträglich. Ist der Wechselkurs fixiert, sind Kostensenkungen nicht möglich oder nicht gewollt, ist die Faktormobilität gering, und ist zudem der Grad der Unterbeschäftigung nicht zu ertragen, dann muß nach dem OCA-Ansatz als Kompensation für die Rigiditäten zur Verringerung der Netto-Regionalposition zwingend ein finanzieller Transfer einsetzen. Der ist allerdings höchst problematisch, weil er leicht zur permanenten Subvention für ein dauerhaftes Notstandsgebiet degenerieren kann, zum sprichwörtlichen Faß der Danaiden.

Private Kapitaltransfer-Leistungen finden trotz aller Beschwörungen und allem Lamento in größerem Umfang nur dann statt, wenn gemäß der Grenzproduktivitätstheorie in der betreffenden Region höhere Erträge erzielt oder wenigstens erwartet werden als in anderen. Diese Voraussetzung ist in unserem Fall bei den gewählten Konversionskursen wegen der geringen oder gar nicht vorhandenen Flexibilität der Kosten nach unten nur in wenigen Fällen gegeben.

Für Kapitalübertragungen im fiskalischen Bereich andererseits sind die Artikel des Grundgesetzes maßgeblich, die die Wahrung der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ vorschreiben. Es handelt sich um die Pflicht zum Finanzausgleich. Das ist eine eigenartige Modifikation des philosophischen Subsidiaritätsprinzips, nach dem der kleinere Lebenskreis Vorrang vor dem größeren genießt. Das Grundgesetz bringt nun den größeren Lebensbereich in die Botmäßigkeit des kleineren insoweit, als der Staat in dem Maße zum Kapitaltransfer gezwungen wird, wie Private sich der regionalen Kapitalübertragung enthalten. Dieser Umstand ist in unserem Exempel von einiger Bedeutung.

Ein fiskalischer Finanzausgleich zwischen den Regionen ist schon in ziemlich homogenen Wirtschaftsgebieten schwer zu definieren und meist ein

⁷ Anteil der Arbeitslosen an der Anzahl aller zivilen Erwerbspersonen. Die Arbeitslosigkeit im einzelnen:

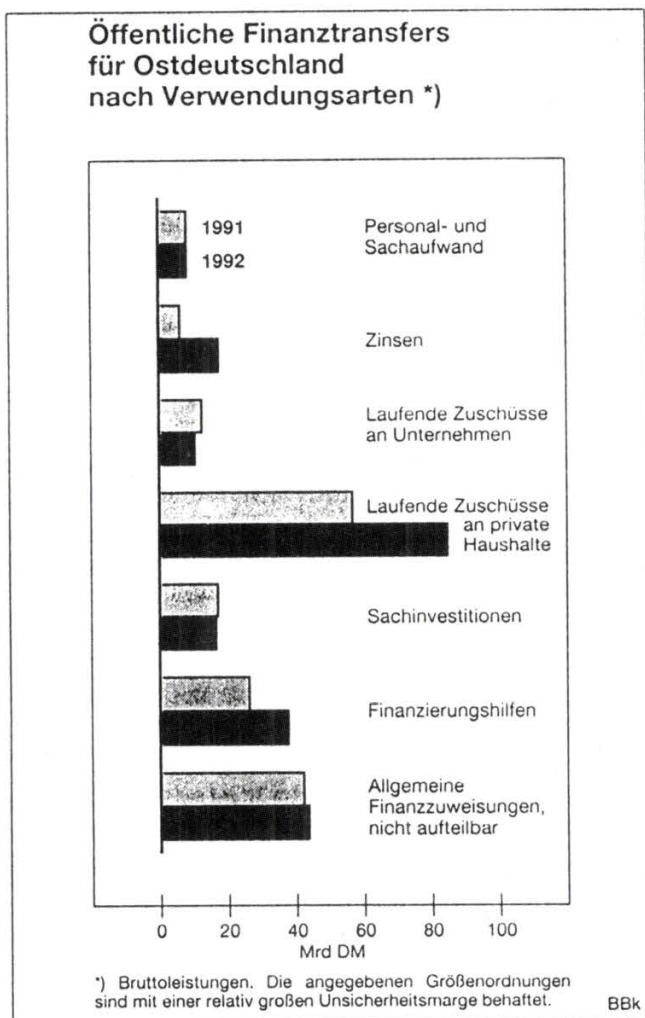
Arbeitslose	1 195 962
Kurzarbeiter über 25 %	148 165
Weiterbildung	507 300
ABM	404 460
vorzeitiges Altersruhegeld	472 698

insgesamt 2 728 585 Personen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Leistungen der westdeutschen öffentlichen Haushalte für Ostdeutschland in den Jahren 1991 und 1992		
Mrd DM		
Leistungen	1991 ts)	1992 ts)
Bruttoleistungen des Bundes 1)	81	109
Leistungen der westdeutschen Länder und Gemeinden 2)	8	12
Kreditfinanzierte Ausgaben des Fonds „Deutsche Einheit“	31	24
Aus öffentlichen Mitteln zinsverbilligte Darlehen des ERP-Sondervermögens und der Spezialkreditinstitute	21	25
Bruttoleistungen aus dem EG-Haushalt	4	4
Defizit der Bundesanstalt für Arbeit in Ostdeutschland	25	30
Defizit der gesetzlichen Rentenversicherung in Ostdeutschland 3)	—	14
Bruttoleistungen, zusammen	170	218
davon:		
Ausgaben	(164)	(210)
Steuerausfälle in Westdeutschland	(2)	(4)
Verzicht auf Umsatzsteueranteile	(4)	(4)
abzüglich:		
Steuereinnahmen des Bundes in Ostdeutschland 4)	—28	—35
Steuereinnahmen der EG in Ostdeutschland 4)	— 3	— 3
Nettoleistungen, zusammen	139	180
davon:		
Bund	53	74
Westdeutsche Länder und Gemeinden	8	12
Fonds „Deutsche Einheit“	31	24
ERP-Sondervermögen, Spezialkreditinstitute	21	25
EG	1	1
Bundesanstalt für Arbeit	25	30
Rentenversicherung	—	14
<p>1 Einigungsbedingte Ausgaben (1991 Ist, 1992 Plan) ohne Ausgaben an die GUS und nach Abzug der Erstattungen der Länder für Schuldendienstleistungen an den Fonds „Deutsche Einheit“ und von Zahlungen aus dem EG-Haushalt, zuzüglich Steuerausfälle aufgrund von Steuervergünstigungen. 1992 einschl. der im Haushalt 1991 verbuchten Zuweisung zur Finanzierung des Defizits der Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1992. — 2 Einschl. Verzicht auf Strukturhilfemittel. — 3 Einschl. der im Dezember 1991 geleisteten Rentenvorauszahlung. — 4 Aufteilung der indirekten Steuern nach dem Endverbrauch, nicht nach dem örtlichen Aufkommen. — ts Teilweise geschätzt. Die — rechnerisch bedingt exakten — Zahlen sind mit erheblichen Unsicherheitsmargen behaftet.</p>		
BBK		

Quelle: BBK-Bericht März 92, S. 17.



Quelle: BBk-Bericht März 92, S. 21.

dauernder Zankapfel. Um so problematischer ist er im Verhältnis von Gebieten mit marktwirtschaftlicher und mit planwirtschaftlicher Vorgeschichte. Dabei spielen Sekundärwirkungen und Rückkoppelungen des fiskalischen Transfers (Spill-Over-Effekte) eine wichtige Rolle. Im Monatsbericht für März 1992 hat die Deutsche Bundesbank die öffentlichen Finanztransfers für Ostdeutschland analysiert. Die Bundesbank kommt für 1992 zu Leistungen der westdeutschen öffentlichen Haushalte für Ostdeutschland

im Netto-Betrag von 180 Mrd. DM; das sind 6,5 % des westdeutschen BSP. Allein 85 Mrd. DM dieser Transfermittel (das sind 47 %) gehen klar definierbar als Zuschüsse an private Haushalte. Im ganzen schätzt die Bundesbank, daß zwei Fünftel des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern mit Hilfe westdeutscher Transferleistungen finanziert werden, und daß Dreiviertel aller ostdeutscher öffentlicher Haushaltsausgaben konsumtiv verwendet werden.

Auch wenn er nur schwer zu beziffern ist, so muß angenommen werden, daß der Spill-Over-Effekt unter den geschilderten Umständen beträchtlich ist. Soweit sich die durch Transfers ermöglichte Nachfrage auf westdeutsche Erzeugnisse richtet, tragen die ostdeutschen Spill-Outs zum Wirtschaftswachstum im alten Bundesgebiet bei. Nach dem, was wir einschätzen können, ist diese Quote hoch. Die westdeutschen Kapitaleinkünfte kehren wie ein Bumerang als Nachfrage in die alten Bundesländer zurück; ein simpler Vorgang, der uns schon aus der Theorie der internationalen Kapitalbewegungen bestens vertraut ist, wo er allerdings nicht mit einem annähernd ähnlichen Echo-Effekt vonstatten geht. Das Besondere ist in unserem Falle aber noch, daß mit der Kapitaleinfuhr in die neuen Bundesländer vorwiegend nicht etwa Investitionen finanziert werden, die dazu beitragen könnten, die dortige Produktivität zu verbessern, sondern überwiegend Verbrauchsausgaben, die sich dann – wie gesagt – zu einem bedeutenden Teil auf das alte Bundesgebiet richten. Das Ergebnis ist, daß insoweit Kapital aus den alten Bundesländern monetisiert wird.

Etwas allgemeiner ausgedrückt heißt das, daß die Verwendung des importierten Geldkapitals nicht dazu führt, auf mittlere Sicht die passive Leistungsbilanz der ostdeutschen Region dem Gleichgewicht näher zu bringen. Vielmehr wird weitgehend das Leistungsbilanzdefizit konserviert. In der Region der ehemaligen DDR bestehen gleichzeitig ein Überangebot an Arbeitsuchenden und eine Übernachfrage nach Gütern; eine Situation, die von der herrschenden Lehre im allgemeinen für unwahrscheinlich erachtet wird (*Malinvaud*). Sie setzt voraus, daß die Produzenten auf mittlere Sicht ihr Güterangebot nicht steigern wollen oder können; in diesem Falle nützt die Vergrößerung der Nachfrage nichts. Unter schon immer und rundherum vorhandenen marktwirtschaftlichen Bedingungen ist eine solche Situation allerdings in der Tat nur schwer vorstellbar. Bei der Transformation einer zentralgeleiteten Wirtschaft in eine Marktwirtschaft kann sie indessen durchaus eintreten. Die Produzenten in der Ostregion sind auf mittlere Sicht nicht in der Lage, die Produktion marktgerechter Güter entsprechend der hohen Nachfrage zu erweitern. Weder sind die geeigneten Produktionsmittel vorhanden, noch sind die Preise nach oben flexibel. Man reagiert nun

auf diese „klassische“ Situation der Unterbeschäftigung, nämlich auf den Mangel an Produktionsmitteln, mit keynesianischer Praxis, nämlich mit einer Steigerung der Nachfrage. Die Reaktion des Marktes darauf kann gleichfalls „klassisch“ genannt werden. Er reagiert mit massiver Einfuhr von West-Gütern. Damit werden die Ost-Preise relativ niedrig gehalten, so daß auch vom Preisniveau aus kein Produktionsanreiz entsteht, und als Folge wird die Arbeitslosigkeit konserviert. Parallelen in der internationalen Entwicklungspolitik liegen auf der Hand. Der Zustand als defizitäres Notstandsgebiet wird befestigt und kann auf diese Weise lange erhalten bleiben; ein Sisyphos-Syndrom. Durch weniger „günstige“ Konversionskurse hätte man es zumindest erleichtern können.

IV. Schlußbemerkungen

Das Fazit, das wir aus alledem nüchtern ziehen müssen, ist ziemlich unbefriedigend. Liegt bei dem Transformationsvorgang nicht gerade ein Zufallstreffer vor, dann ist der Adjustierungsprozeß zwangsläufig mit Realeinkommenseffekten verbunden. Von den fünf Lösungsansätzen, die das OCA-Theorem anbietet,

- flexibler Konversionskurs
- Migration
- Flexibilität der Kosten (insbes. der Löhne)
- Unterbeschäftigung
- Kapitaltransfer

ist keiner sinnvoll realisierbar. Es ist schon bemerkenswert, daß man sich in eine solche Sackgasse manövriert hat. Herauskommen wird wahrscheinlich ein Gewurstel zwischen Unterbeschäftigung und Kapitaltransfer vorwiegend zu Konsumzwecken, das nicht nur vom ökonomischen Standpunkt sehr unerfreulich sein wird. Die Investitionsquote der Ausgaben dürfte relativ gering bleiben.

Der Fundamentalirrtum bei der deutschen Währungskonversion von 1990 liegt in der Annahme, daß die Daten einer Marktwirtschaft und die einer zentralgeleiteten Wirtschaft grundsätzlich irgendwie kompatibel wären. *Walter Eucken* hat einen großen Teil seiner Lebensarbeit darauf verwendet, den Ökonomen die nicht überbrückbaren Systemunterschiede der beiden Ordnungen auseinanderzusetzen. Offenbar vergeblich. Die von *Norbert Klotten* (1991) aufgeworfenen Grundfragen nach den Kompatibilitätsbeziehungen zwischen den Ordnungen und nach den Konsistenzerfordernissen zwischen den jeweiligen Koordinationsverfahren müssen beide negativ beantwortet

werden. Es gibt keine systemverbindenden Berührungspunkte. Die Entscheidungen kommen ganz gegensätzlich zustande (*Hirsch*). Nur sehr wenige Ökonomen haben diese Unvereinbarkeiten unmißverständlich hervorgehoben. Die Politiker sind ohnehin darüber hinweggegangen.

Die Theorie bietet andererseits eine Reihe von Ansatzpunkten, wie man bei einigem Nachdenken eine schwierige Konversionsaufgabe in den Griff bekommen kann. In Frage kommen Elemente des Theorems von den optimalen Währungsräumen. Vor allem ist – obgleich von vielen abgestritten – die Bemessung des Konversionsfaktors von Bedeutung. Der vernünftigste und zugleich der eleganteste Mechanismus hierfür wäre das Auspendeln eines flexiblen und unbeeinflussten Wechselkurses. Andernfalls käme hohe Faktormobilität in Betracht. Sind beide Elastizitäten nicht oder nur unzureichend gegeben, wird die Sache schwierig. An den optimalen Konversionsfaktor kann man sich zur Not näher herantasten. Unzureichende oder gebremste Migration müßte durch direkte Reallohnanpassungen oder andere Kostenadjustierungen kompensiert werden, zum Beispiel in unserem Falle durch Annullierung von „Forderungen“ und „Verbindlichkeiten“. Geht das nicht, dann steuert man zwangsläufig auf Arbeitslosigkeit zu. Kann man diese nicht ertragen, dann wird massiver Kapitaltransfer ins Auge gefaßt. Nach den Umständen geht es dabei in erster Linie um fiskalischen Transfer. Wird er überwiegend für Konsumzwecke verwendet, dann verhindert man private Investitionen und konserviert für lange Zeit den Notstand des betreffenden Gebietes. Eine Änderung der Entwicklung hängt also von der Investitionsquote des (fiskalischen) Kapitaltransfers ab. Ich kann zu meinem Bedauern keine bessere Perspektive entdecken.

Literatur

Akerlof, George A. et. al.: East Germany in from the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union, in: *Brooking Papers on Economic Activity* No 1, 1991. – *Becker*, Wolf-Dieter: Eine Grundsatzfrage der „Währungsunion“, in: *Kreditwesen*, 43. Jg. (1990). – *Bernholz*, Peter: Probleme der Währungs- und Budgetpolitik beim Übergang von der zentralgeplanten zur marktwirtschaftlichen Ordnung, in: *Kredit und Kapital*, 23. Jg. (1991). – *Eucken*, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie. 5. Aufl. Godesberg 1947. – ders.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Bern und Tübingen 1952. – *Feldstein*, Martin: Wirtschaftliche und politische Aspekte der Europäischen Währungsunion, in: Deutsche Bundesbank/Auszüge aus Presseartikeln Nr. 6 vom 23. 1. 1992. – *Hinteregger*, Gerald: Neugestaltung der Ost-West-Beziehungen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Fernausgabe Nr. 93, vom 23. 4. 1992. – *Hirsch*, Hans: Auf Stolperpfaden zur Marktwirtschaft, in: *Kontinent*, Heft 1/1992. – *Kloten*, Norbert: Die Transformation von Wirtschaftsordnungen. Tübingen 1991. – *Malinvaud*, Edmond: *Mass Unemployment*. Oxford/New York 1984. – *McKinnon*, Ronald J.: *Optimum Currency Areas*,

in: AER, Vol. 53 (1963). – *Köhler*, Claus: Probleme des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Vortrag vom 28. 11. 1991, in: Deutsche Bundesbank / Auszüge aus Presseartikeln Nr. 97/1991. – *Mundell*, Robert A.: A Theory of Optimum Currency Areas, in: AER, Vol. 51 (1961). – *Neumann*, Manfred J. M.: German Unification: Economic Problems and Consequences. Discussion Paper No 584, CEPR London 1991. – *Sinn*, Gerlinde u. Hans-Werner: Kaltstart, Tübingen 1991 a. – *Sinn*, Hans-Werner: Privatization in East Germany, CES Working Paper No 8, München 1991 b. – *van Suntum*, Ulrich: Kaufkrafteffekte der Wirtschafts- und Währungsunion, in: Wirtschaftsdienst 1990/VIII.

Zusammenfassung

Lehren der Theoretischen Wirtschaftspolitik zur deutschen Währungskonversion von 1990 – Ein nicht nur historischer Beispielfall

Aus der deutschen Währungskonversion müssen anhand der Paradigmen, die uns die theoretische Wirtschaftspolitik anbietet, Lehren für bevorstehende Wirtschafts- und Währungsunionen und andere Transformationsaufgaben in Ost und West gezogen werden. Der deutsche Fall zeigt, wie wichtig die Beachtung theoretischer Zusammenhänge ist.

Es wird zunächst analysiert und kritisiert, daß jahrzehntealte systemtheoretische Einsichten sowohl von den meisten Ökonomen als auch von den Politikern nicht beachtet wurden. Ferner ist bei der Transformation das Theorem der optimalen Währungsräume übergangen worden; seine Lösungsansätze sind inzwischen nicht mehr realisierbar. Die Folge ist eine große „klassische“ Arbeitslosigkeit im Osten infolge des Mangels an Produktionsmitteln und mangelnder Flexibilität. Der deswegen notwendige gewaltige Kapitaltransfer wird aber nach keynesianischer Weise zur Steigerung der Nachfrage verwendet. Die größere Nachfrage richtet sich größtenteils auf West-Produkte; ein Sisyphe-Syndrom.

Summary

Economic theory lessons from the 1990 German economic and monetary union – not only an historical case

Because of the paradigms of economic theory, lessons ought to be drawn from Germany's economic and monetary union which are of relevance for economic and monetary unions elsewhere and for other transformation tasks in East and West. The German case shows the great importance that is to be attached to observing theoretical interrelationships.

This contribution initially analyzes and criticizes the fact that system-theory knowledge developed over a number of decades have not been observed by most economists and by most politicians. Moreover, the optimum monetary-area theorem was passed over lightly in this process of transformation; the previously possible solutions no longer stand a chance of being realized. The consequence is large-scale "classical" unemployment in the East due to the lack of production means and lack of flexibility. The necessary huge capital transfer is used in a Keynesian way to increase demand. The greater demand is directed mostly towards West products; a Sisyphus syndrome.

sical" unemployment in the East as a result of lacking means of production and lacking flexibility. The enormous capital transfers caused thereby are used for satisfying increasing demand in the Keynesian sense. The demand focuses on Western-made products for the most part – a sisyphean syndrome.

Résumé

Science de la politique économique théorique sur la conversion du système monétaire allemand en 1990 – Un exemple pas seulement historique

Il faut dégager une leçon de la conversion du système monétaire allemand en s'appuyant sur les paradigmes offerts par la politique économique théorique pour des unions économique et du système monétaire et d'autres devoirs de transformation envisagés dans l'Est et l'Ouest. L'exemple allemand met en vue l'importance de la considération des corrélations théoriques.

D'abord on analyse et critique que des théories sur le système valables pour des dizaines d'années ne soient pas considérées ni par les économistes ni par les politiciens. De plus, en transformant on a omis le théorème sur les zones monétaires optimales, dont les conditions de solution ne sont plus réalisables. La conséquence est une grande chômage «classique» dans l'Est par suite du manque des moyens de production et de la flexibilité. Le transfert du capital nécessaire qui en résulte est utilisé par contre – d'après Keynes – pour l'augmentation de la demande. Mais ce sont des produits de l'Ouest qui sont très demandés, donc un syndrome Sisiphe.